DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

II – 929 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Z. 11 0502/193-Pr.2/83

1984 02 06

An den Herrn Präsio 389 /AB

Herrn Präsidenten des Nationalrates

1984 -02- 1 3

zu 401 1J

Parlament

 $1017 \qquad \underline{W} \quad i \quad e \quad n$

Auf die Anfrage der Abgeordneten Maria Stangl und Genossen vom 19. Dezember 1983, Nr. 401/J, betreffend die Auswirkungen der Zinsertragsteuer, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu 1):

Die Berichte, wonach die Nachfrage nach von der Zinsertragsteuer ausgenommenen Fremdwährungsanleihen bei den Österreichern seit Oktober des vergangenen Jahres um bis zu 100 % angestiegen sei, stimmen in dieser Form nicht. Der Ankauf ausländischer Wertpapiere durch Deviseninländer war in den Monaten Oktober und November 1983 um 1,62 % niedriger als in den Monaten Oktober und November 1982 und nur um 16,33 % höher als in der vorangegangenen Zweimonatsperiode August und September 1983.

Zu 2):

Die Einführung der Zinsertragsteuer sehe ich weiterhin als eine vernünftige Maßnahme zur Budgetkonsolidierung.

Zu 3):

Die angeführte Entwicklung kann nicht als ungewöhnlich bezeichnet werden.

Zu 4):

Anlagen in ausländischen Wertpapieren durch Deviseninländer beruhen auf einer Vielzahl von Entscheidungsgrundlagen. In erster Linie

- 2 -

sind die zum Zeitpunkt der Entscheidung vorherrschenden Zinssätze und Wechselkurse sowie die erwartete Wechselkursentwicklung für die Laufzeit der Anlage anzuführen. Darüber hinaus
werden auch steuerliche Gesichtspunkte berücksichtigt. Eine
Trennung dieser Entscheidungsfaktoren ist nicht möglich.

principality